

GLOBAL WOMEN'S
GENERAL STRIKE
MARCH 9

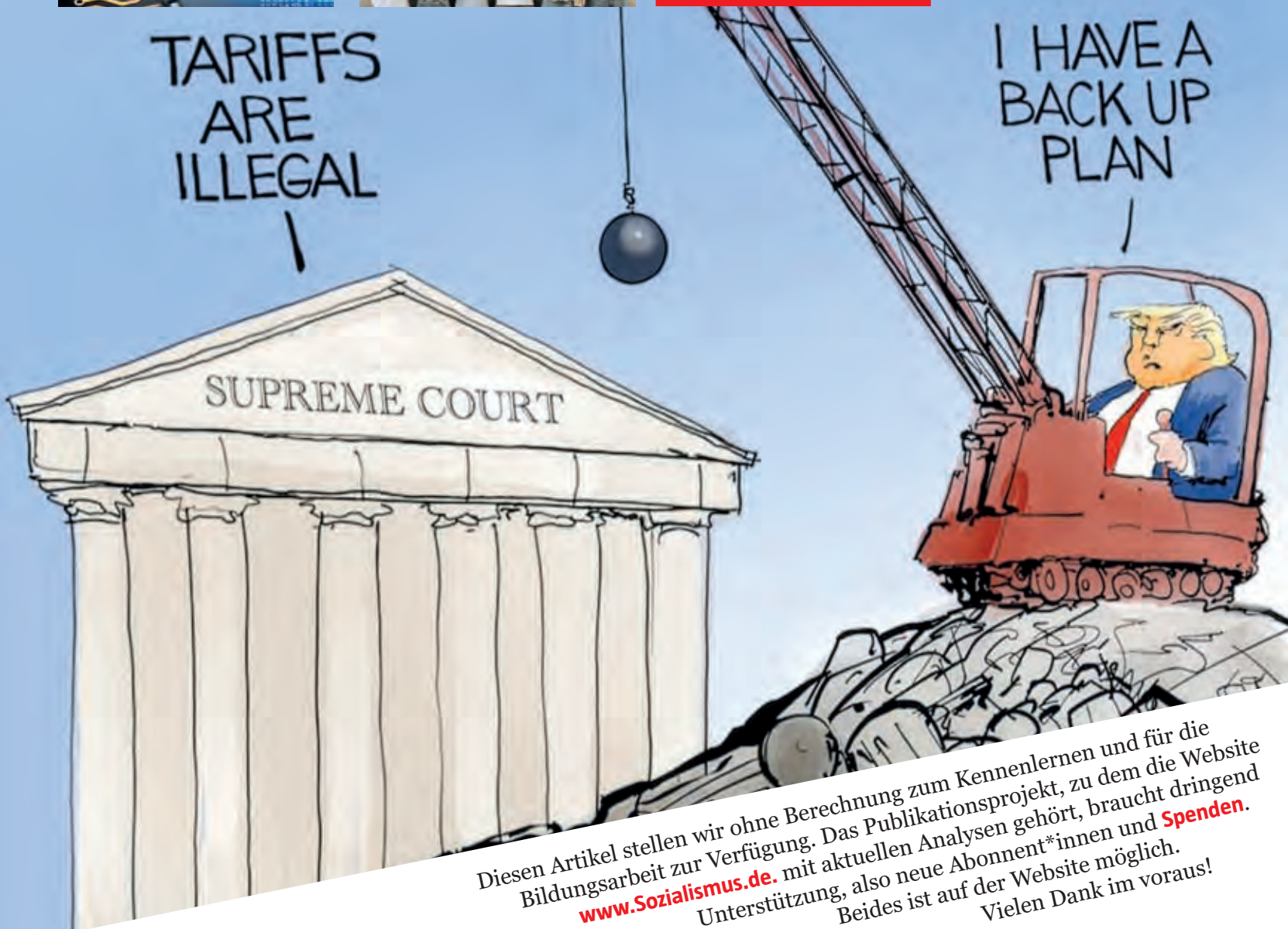
Die Linke
hilft

A. Kapsalis: Arbeitsrechte und
Streiks in Griechenland
Kalle Kunkel: Tarifikämpfe von
ver.di in Krankenhäusern

Beiträge u.a. von
Stephanie Odenwald, Brigitte
Schiffler, Hans-Jürgen Urban,
Bernd Riexinger, Steffen Lehn-
dorff, Hasko Hüning, Friedrich
Steinfeld, Joachim Bischoff



Forum
Gewerkschaften



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die
Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website
www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend
Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**.
Beides ist auf der Website möglich.
Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Trotz zermürbendem Patt geht der Krieg ins fünfte Jahr

Nachdem es Trump geschafft hat, einen Waffenstillstand im Gaza-Krieg durchzusetzen, ließ er zur Beendigung des Krieges in der Ukraine einen »Friedensplan« unter starker Berücksichtigung russischer Forderungen von seinem Unterhändler Steve Witkoff und seinem Schwiegersohn Jared Kushner erarbeiten. [...]

Außenkanzler mit Aufbruch und ohne Sozialkürzungen?

Der Bundesparteitag der CDU war ein Treffen der verschiedenen programmatischen Strömungen – und damit zugleich ein Kräftemessen der innerparteilichen Spannweite zwischen wirtschaftsliberalen Ansprüchen, sozialpolitischer Rücksicht auf den Koalitionspartner SPD und dem Anspruch, als Volkspartei führungsfähig zu bleiben. [...]

Die Liberalen lassen Holland von rechts regieren

Nach den Parlamentswahlen im Oktober des Vorjahres bringt der linksliberale Rob Jetten (D66) jetzt eine Minderheitsregierung an den Start, die zum Regieren auf Teile der mittlerweile fünf rechtsradikalen Gruppierungen angewiesen ist. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Für Frauenrechte und den Ausbruch aus patriarchalen Gehäusen

Stephanie Odenwald: Enough! Wir haben genug!
Globaler Frauenstreik anlässlich des internationalen Frauentags 2026 2

Friedrich Steinfeld: Widersprüche des Lebens und intime Beziehungen
im Postfordismus. Zu »Intermezzo«, dem neuen Roman von Sally Rooney 5

Polarisierte Jugend, linke Alternativen

Klaus Bullan: Polarisierte und zukunftsbedrohte junge Generation?
Jugendliche in Deutschland und Europa 11

Bernd Riexinger: Baden-Württemberg vor Landtagswahlen
Die Linke könnte erstmals in den Landtag einziehen 18

Hans-Jürgen Urban:
Linke Politik als transformative Kraft 22

Steffen Lehnndorff: Die EU bietet Chancen – aber werden sie genutzt?
Das Beispiel »Corona-Wiederaufbaufonds« 28

Trump wird gebremst, China im Vormarsch

Joachim Bischoff: Dämmerung im Zeitalter Trump? »Unpatriotische und dumme Richter« widersprechen der Zollpolitik und sein Rückhalt schwindet ... 32

Claus-Jürgen Göpfert: Patrioten im Widerstand. Wie US-Bürger
in Frankfurt am Main gegen die Herrschaft von Trump kämpfen 38

Brigitte Schiffler: Hat Trump in Venezuela aufgeräumt?
Über den Umgang mit der boliviarischen Revolution 42

Wolfgang Müller: Elektrostaat gewinnt gegen Petrostaat
Die Volksrepublik China führt im Technologiekrieg 47

Forum Gewerkschaften

»Griechenland ist Warnung und Vorbote«. Gespräch mit Apostolis Kapsalis
über Arbeitsrechte, Tarifverhandlungen und die Lage der Gewerkschaften 52

»ver.di hat Neuland betreten«
Gespräch mit Kalle Kunkel über Tarifikämpfe in Krankenhäusern 56

Ende des Kapitalismus, Erneuerung der Lohnarbeit?

Joachim Bischoff: Vor einem nahenden Ende des Kapitalismus?
Zu Sven Beckerts »Kapitalismus. Geschichte einer Weltrevolution« 58

Hasko Hüning: Emanzipative Erneuerung der Lohnarbeit. Anforderungen
an den gesellschaftlichen Transformationsprozess (zu Nicole Mayer-Ahuja) 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 67

Veranstaltungshinweise 68

Klaus Schneider: »No Other Choice« (Filmkritik) 69

Unterstützer*innen:

Heinz Bierbaum, Ulrich Brinkmann, Günter Busch, Frank Deppe, Richard Detje, Christoph Ehlscheid, Michael Erhardt, Dieter Knauß, Klaus Pickshaus, Sabine Reiner, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Manfred Scherbaum, Michael Schlecht, Gabriele Schmidt, Horst Schmitthener, Hans-Jürgen Urban, Gerhard Wick, Jörg Wiedemuth

»Griechenland ist Warnung und Vorbote«

Gespräch mit Apostolis Kapsalis über Arbeitsrechte, Tarifverhandlungen und die Lage der Gewerkschaften



Foto: picture-alliance/dpa

Die rechtsgerichtete Regierung unter Premierminister Kyriakos Mitsotakis von der Neuen Demokratie (Nea Dimokratia) setzte in Griechenland in den vergangenen Monaten weitreichende Verschlechterungen der Arbeitsrechte durch. Trotz Mobilisierungen zu Generalstreiks können die Gewerkschaften wenig effektive Gegenwehr leisten. *Phoebe Daliani* und *Boris Kanzleiter* von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Athen sprachen mit dem Arbeitsrechtler *Apostolis Kapsalis* über die Angriffe auf Arbeitsrechte und die Probleme der Gewerkschaften. Kapsalis ist Assistenzprofessor am Fachbereich Sozialpolitik der Panteion-Universität Athen. Seit 22 Jahren ist er als Arbeitsbeziehungsforscher am Arbeitsinstitut des griechischen Gewerkschaftsbundes (INE/GSEE) tätig und wissenschaftlicher Mit-

arbeiter der Sozialen Polyzentren des Dachverbands der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ADEDY). Im Jahr 2015 war er am Beginn der SYRIZA-Regierung Sondersekretär der Arbeitsinspektion beim griechischen Arbeitsministerium. Kapsalis hat im Auftrag der RLS Athen die umfassende Studie »Krise ohne Ausweg? Über die zukünftige Entwicklung des griechischen Gewerkschaftssystems« erarbeitet: Sie liegt in Buchform auf Griechisch vor und wurde im Januar auf einer Konferenz in Athen vorgestellt.

Griechenland wird häufig als Experimentierfeld neoliberaler Arbeitsmarktreformen beschrieben. Ein aktuelles Beispiel ist die Legalisierung extrem langer Arbeitstage – einschließlich der Möglichkeit, bei mehreren Arbeitgebern bis

zu 13 Stunden täglich zu arbeiten. Hinzu kommen Einschränkungen des Streikrechts, die Schwächung von Tarifverträgen und eine zunehmende Individualisierung der Arbeitszeit. Sehen Sie Griechenland vor dem Hintergrund Ihrer Forschung und der Diskussionen auf der Konferenz eher als Ausnahme – oder als Vorbote für den Abbau von Arbeitsrechten in anderen Teilen Europas?

Apostolis Kapsalis: Bereits zu Beginn der wirtschaftlichen Rezession und der Schuldenkrise sowie mit der Unterordnung des Landes unter das Regime der »Memoranden« von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds im Jahr 2010 wurde Griechenland als Versuchskaninchen für tiefgreifende strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt bezeichnet – Reformen, die sogar über die

Grenzen neoliberaler Flexibilisierung in anderen europäischen Ländern hinausgingen und potenziell exportfähig schienen. Diese Einschätzung erwies sich jedoch aus drei Gründen als falsch.

Erstens fungierte bereits das Jahrzehnt vor der Krise, die 2000er-Jahre, als Labor für die Einführung unterschiedlicher Geschwindigkeiten bei Arbeitsrechten – differenziert etwa nach Alter, Staatsangehörigkeit oder Beschäftigungsstatus im öffentlichen und privaten Sektor. Hunderttausende Lohnabhängige gerieten so in Zonen reduzierter rechtlicher Absicherung und schwacher gewerkschaftlicher Vertretung: die wachsenden Heere der »Outsider« und flexibel Beschäftigten. Nach 2010 wurden diese Deregulierungsinstrumente verallgemeinert und trafen nahezu alle Beschäftigten – ohne Differenzierung und ohne die Möglichkeit einer gemeinsamen, klassenübergreifenden Gegenwehr.

Zweitens waren in keinem anderen Land – selbst nicht in jenen, die ebenfalls unter Memoranden gestellt wurden – die arbeitsfeindlichen Gesetzesänderungen zugleich so tiefgreifend und so langfristig. Griechenland steht faktisch bis 2060 unter verschärfter wirtschaftspolitischer Aufsicht.

Drittens wird in den meisten europäischen Ländern die Arbeitszeitfrage weiterhin kollektiv geregelt, häufig im Rahmen einer Tendenz zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit. In Griechenland hingegen wurden in den letzten zwei Jahren gezielt gesetzliche Änderungen eingeführt, die eine einseitige Anordnung von Arbeit am sechsten Wochentag durch den Arbeitgeber ermöglichen – mit Ausnahme des Tourismussektors – sowie 13-Stunden-Arbeitstagen an bis zu 40 Tagen pro Jahr, beim selben oder bei unterschiedlichen Arbeitgebern.

Griechenland bleibt also weiterhin eine Ausnahme im europäischen Kontext.

*Ihr Buch wurde im Januar im Rahmen einer gut besuchten öffentlichen Konferenz vorgestellt, die intensive und produktive Diskussionen zwischen Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen auslöste. Was hat diese*

Debatte über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung um Arbeitsrechte und Gewerkschaften in Griechenland gezeigt?

Die Entscheidung, das Buch im Rahmen einer pluralistisch besetzten Tagung vorzustellen, bestätigte eindrucksvoll eine doppelte Notwendigkeit in der griechischen Situation. Zum einen braucht es eine aktive, stabile und strukturierte Zusammenarbeit zwischen Gewerkschafter*innen aller Ebenen und Forscher*innen zu Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftsbewegung. Ziel ist eine fundierte Analyse der gegenwärtigen Lage, die sich vielleicht am treffendsten im Spannungsfeld zwischen Rückzug und Handlungsunfähigkeit der Gewerkschaften einerseits und der fortgesetzten Gegenreform individueller und kollektiver Arbeitsbeziehungen andererseits verdichtet.

Zum anderen zeigte sich die Notwendigkeit eines offenen Diskussionsraums und einer Kultur innergewerkschaftlicher Debatte zwischen Vertreter*innen des gesamten linken Spektrums – einschließlich der linken Sozialdemokratie. Im Mittelpunkt steht die Zukunft des griechischen Gewerkschaftswesens, getragen von gegenseitigem Respekt, Gleichberechtigung und möglichst frei von parteipolitischen Abhängigkeiten.

Zugleich machte die Tagung deutlich, dass ein solcher Dialog nicht nur notwendig, sondern auch realisierbar ist. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Zeit kein Verbündeter ist – insbesondere angesichts der jüngsten Enthüllung eines weiteren schweren Korruptionsskandals, in den offenbar die Führung der Gewerkschaftsdachorganisation im privatwirtschaftlichen Sektor verwickelt ist.

Die jüngsten Arbeitsgesetze in Griechenland werden von der konservativen Regierung unter Kyriakos Mitsotakis als »Modernisierung« und »Flexibilisierung« dargestellt. Wie verändern diese Reformen Ihrer Beobachtung nach konkret den Arbeitsalltag und die Machtverhältnisse am Arbeitsplatz? Wer profitiert – und wer trägt die Kosten?

Es ist sogar noch schlimmer. Während unmittelbar nach dem formalen

Ende der Memoranden im Jahr 2018 die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen mit der Notwendigkeit begründet wurde, neue Investitionen anzuziehen, wird sie in den letzten zwei Jahren als Rückkehr zur vor-memorandischen Normalität und als Schutz vor Flexibilisierung ausgegeben.

Die vielleicht gravierendste Folge des rasanten und anhaltenden Abbaus von Arbeitsrechten ist die Verfestigung einer TINA-Mentalität (»There Is No Alternative«) in Bezug auf die Verbesserung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Diese Entwicklung hat zwei Seiten. Die eine ist die schlechende Aushöhlung der Demokratie am Arbeitsplatz: Ein autoritärer Neoliberalismus setzt sich durch – ohne Tarifverträge, dafür mit individualisierter Aushandlung.

Die andere Seite ist die Herausbildung einer neuen sozialen Identität und eines deformierten Arbeitsethos. Kennzeichnend sind die resignative Hinnahme von Rechtsverletzungen – selbst im Bereich von Arbeits- und Gesundheitsschutz –, der Verlust kollektiver Perspektiven und die zunehmende Tendenz zur Auswanderung in nördlichere europäische Länder.

Mittelständische und kleine Unternehmen mögen kurzfristig von diesen Bedingungen schlecht bezahlter und unsicherer Arbeit profitieren. Gleichzeitig leiden sie bereits massiv unter dem Mangel an Arbeitskräften in nahezu allen Wirtschaftssektoren.

Ein zentrales Argument Ihres Buches lautet, dass Tarifverhandlungen formal weiterbestehen, inhaltlich jedoch ausgehöhlt sind. Können Tarifverhandlungen überhaupt noch wirksam sein, wenn das Streik- und Organisationsrecht zunehmend eingeschränkt wird?

Die verfassungsrechtlich garantierte kollektive Autonomie und das gewerkschaftliche Recht insgesamt fungieren als eine Art »Schirmgesetzgebung«: Sie schützen – idealerweise kohärent – die drei tragenden Säulen kollektiver Arbeitsrechte, nämlich Tarifverhandlungen, gewerkschaftliche Betätigung und

das Streikrecht. Ohne dieses Dreibein ist Demokratie in der Arbeitswelt nicht denkbar.

In Griechenland werden zwar noch Tarifverträge abgeschlossen, allerdings nur wenige und unter einem extrem restriktiven rechtlich-politischen Rahmen. Faktisch ist auch die Möglichkeit der einseitigen Anrufung der Schlichtung nahezu abgeschafft. Die Bedingungen für freie gewerkschaftliche Betätigung wurden erheblich verschärft, während zugleich Repression, Disziplinarverfahren und strafrechtliche Verfolgung gewählter Gewerkschaftsvertreter*innen zunehmen.

Der Streik ist inzwischen ein Recht, das kaum noch zur Anwendung kommt: Er wird zwischen zwei Mühlsteinen zermahlen – einem extrem restriktiven materiellen Rechtsrahmen und einer gefestigten gerichtlichen Praxis, die die überwiegende Mehrheit der Streiks bereits im Vorfeld als illegal oder missbräuchlich erklärt. Unter Arbeitsrechtler*innen heißt es oft: »Ohne Tarifverträge gibt es kein Arbeitsrecht.« Doch ohne den umfassenden Schutz gewerkschaftlicher Rechte sind auch freie Tarifverhandlungen nicht möglich.

*Mehrere Redner*innen auf der Konferenz stellten einen direkten Zusammenhang zwischen Arbeitskämpfen und demokratischen Rechten her. Warum argumentieren Sie, dass die Schwächung der Gewerkschaften letztlich die Demokratie selbst untergräbt?*

Griechenland ist heute ein paradigmatisches Beispiel für eine illiberale Demokratie. Die demokratischen Institutionen sind formal nicht außer Kraft gesetzt, doch das öffentliche Leben ist geprägt von autoritären Regierungspraktiken, permanenter Austerität, aufeinanderfolgenden Korruptionsskandalen und Versuchen der Einflussnahme auf die Justiz.

Um ein solches Regierungssystem zu etablieren, wurde bereits zuvor – unter dem Vorwand der Sparpolitik – ein autoritäres Regime der Arbeitsorganisation durchgesetzt. Dessen Kern bestand in der vollständigen Demontage

kollektiver Rechte und der ungehemmten Anwendung sämtlicher Flexibilisierungsinstrumente in individuellen Arbeitsverhältnissen.

Der Ausschluss der Gewerkschaften aus allen Prozessen und Gremien der Sozialpolitik ist inzwischen eine seit über 15 Jahren andauernde Realität. Historisch gesehen wurde zudem nie eine echte rechtliche Grundlage für Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst geschaffen. Diese Ent-Institutionalisierung des Gewerkschaftswesens führte zu der europaweit niedrigsten Tarifvertragsabdeckung – ein Zustand, der in Kombination mit langjährigen internen Defiziten zur demokratischen Delegitimierung der Gewerkschaften beiträgt.

Doch Demokratie kann nicht bestehen, wenn sie an den Orten, an denen gesellschaftlicher Reichtum produziert wird – den Arbeitsplätzen –, weiterhin fehlt.

*Die Konferenz brachte Vertreter*innen traditioneller Gewerkschaften ebenso zusammen wie Aktivist*innen aus neuen Bereichen, etwa der Plattformarbeit. Welche Art von Gewerkschaftsbewegung bräuchte es heute, um prekäre, fragmentierte und plattformbasierte Arbeit zu organisieren? Müsstent sich die bestehenden Gewerkschaften strukturell grundlegend verändern, um relevant zu bleiben?*

Die Gewerkschaften in Griechenland benötigen tiefgreifende strukturelle und funktionale Reformen. Der gegenwärtige extreme Zersplitterungsgrad des Gewerkschaftswesens dient ausschließlich den Interessen des Kapitals und der Regierung. Die rund 3.500 Gewerkschaften des Landes – häufig ohne echte basisdemokratische Prozesse und mit oftmals rein formalen Wahlen – tragen zur Reproduktion eines umfangreichen Apparats bürokratischer Funktionär*innen bei, der kaum Rückbindung an die Mitgliedschaft hat.

Um dem beschriebenen Prozess der Ent-Institutionalisierung entgegenzuwirken, ist eine weitgehende Konzentration der Beschäftigten auf Branchenebene erforderlich: starke, massenhafte Organisationen mit nationaler Reichweite und lokaler Verankerung. In Verbindung mit einer Wiederbelebung kon-

fliktorientierter Aktionsformen könnten so erstmals seit vielen Jahren wieder symbolische, vor allem aber reale Erfolge erzielt werden.

Nur auf diesem Weg lassen sich auch Plattformbeschäftigte und andere hochflexible Arbeitsformen organisatorisch und institutionell einbinden. Notwendig ist daher eine systematische Debatte über die Fusion zersplitterter Gewerkschaften und den Aufbau großer Branchengewerkschaften, die Beteiligung erleichtern, Sicherheit am Arbeitsplatz stärken und die Voraussetzungen für Tarifverträge verbessern.

Zugleich ist der in Griechenland nahezu einzigartige strukturelle Dualismus zwischen Gewerkschaften des öffentlichen und des privaten Sektors nicht länger haltbar – insbesondere angesichts des wachsenden Anteils privatrechtlicher Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst und der jüngsten Ankündigung der Regierung, im Zuge einer Verfassungsreform die Verbeamtung abzuschaffen. Die Zeit für gemeinsame gewerkschaftliche Organisationen von Beschäftigten beider Sektoren ist längst gekommen.

*Auf der Konferenz wurden auch Fälle juristischen Drucks auf Streikende und Gewerkschaftsaktivist*innen thematisiert. Handelt es sich dabei um Ausnahmen – oder um ein strukturelles Merkmal der heutigen Arbeitsbeziehungen in Griechenland? Wie verändert dieses Klima der Angst die Bereitschaft zur kollektiven Organisation?*

Mit der ungehemmten Individualisierung der Arbeitsverhältnisse wird das Lager der Arbeit systematisch geschwächt. Beschäftigte übernehmen zunehmend die Vorstellung, dass sich ihre Lage weder durch Kampf noch durch Solidarität verbessert, sondern durch Anpassung an die Interessen des Kapitals. Klassen- und Berufssolidarität lösen sich auf, gesellschaftliche Gegenkräfte erodieren – der autoritäre Betrieb setzt sich durch.

Autoritäre Austeritätspolitik erzeugt auch in Griechenland spezifische kulturelle Muster: neue soziale Gewohnheiten und Lebensweisen, die auf Angst und persönlicher Unsicherheit beruhen. Der Markt-Fundamentalismus drängt

Beschäftigte schrittweise in einen Zustand fehlender Alternativen – eine Entwicklung, die kollektives Handeln auf vielfältige Weise untergräbt.

In Ländern mit deregulierten Arbeitsmärkten wie Griechenland führt dies zur Herausbildung eines apolitischen, isolierten und passiven Subjekts. Die Teilnahme am Markt wird zur Voraussetzung für den Status als Bürger*in. Der durchschnittliche Lohnabhängige in Griechenland ist heute moralisch und politisch geschlagen, meist vereinzelt und verängstigt, nicht gewerkschaftlich organisiert, ohne tarifliche Absicherung, beruflich unzufrieden und mit düsteren Perspektiven für eine würdige Rente nach einem langen Arbeitsleben.

Deshalb wählt er oder sie den Weg der Emigration: Rund 650.000 Menschen verließen zwischen 2011 und 2021 das Land, weitere 149.000 allein im Jahr 2024 – so die Vereinten Nationen.

Trotz dieses düsteren Bildes wurden auf der Konferenz auch Beispiele kämpferischer Auseinandersetzungen, Erfolge und basisnaher Organisation vorgestellt. Handelt es sich dabei um isolierte Momente – oder um den möglichen Ausgangspunkt einer Erneuerung des Gewerkschaftswesens?

Betrachten wir die beiden bedeutendsten jüngeren Momente der griechischen Arbeiter*innenklasse. Der erste ist der massive, branchenübergreifende Generalstreik vom 28. Februar 2025 im öffentlichen und privaten Sektor – am Jahrestag des tödlichen Zugunglücks von Tempi. Die Forderungen waren arbeits- und sozialpolitisch – Aufhebung der Verfolgung von Gewerkschafter*innen, Sicherheit bei Arbeit und Verkehr – ebenso wie politisch: Transparenz statt Vertuschung. Der zweite ist der erfolgreiche Streik der Lieferfahrer*innen der Plattform e-food im Jahr 2021, die aktuell – Stand Februar 2026 – den entscheidenden Kampf um den ersten Tarifvertrag ihrer Branche führen.

Prekär Beschäftigte organisieren sich zunehmend in neuen gewerkschaftlichen Strukturen: in der universitären Forschung, im Kultur- und Medienbereich, in Nichtregierungsorganisationen

oder auch in Anwaltskanzleien. Sie erzielen kleine, aber bedeutsame Erfolge – etwa gegen missbräuchliche Kündigungen oder die Nichtzahlung von Löhnen.

Parallel dazu setzen traditionell organisierte Branchen wie der öffentliche Bildungssektor, das Bauwesen oder der Tourismus trotz widriger Rahmenbedingungen Forderungen durch oder schließen wichtige Tarifverträge ab. Es handelt sich zweifellos um fragmentierte und noch unkoordinierte Versuche der Wiederbelebung – sie können jedoch die Grundlage für eine notwendige Neubegründung der Gewerkschaften bilden.

Ein wiederkehrendes Thema der Konferenz war der politische Charakter von Arbeitskämpfen. Können Arbeitsrechte innerhalb des bestehenden neoliberalen Rahmens verteidigt werden – oder erfordert die Erneuerung der Gewerkschaften eine umfassendere politische Konfrontation?

Die Erneuerung der Gewerkschaften ist zunächst Aufgabe der Gewerkschaften selbst – vorausgesetzt, sie sind in der Lage, politisch autonom, finanziell unabhängig und auf der Grundlage gegenseitigen Respekts zu handeln, ohne Eingriffe von Arbeitgebern, Staat oder Parteien.

Unbestreitbar ist jedoch, dass eine Re-Politisierung gewerkschaftlicher Forderungen Voraussetzung für ihre Erneuerung ist. Gemeint ist die Entwicklung eines kohärenten Forderungskatalogs, der den realen Sorgen der Beschäftigten Ausdruck verleiht und eine überzeugende politische Gegen-Erzählung zur vermeintlichen Alternativlosigkeit permanenter Austerität darstellt.

Eine Vision für die Zukunft von Arbeit und sozialer Sicherung als Kern einer gerechten nationalen Wirtschaftspolitik ist in der aktuellen Situation mindestens ebenso wichtig wie konkrete Gesetzesvorschläge – etwa zur Höhe des Mindestlohns oder zur Rücknahme prekärer Beschäftigungsformen.

Teil dieser Strategie muss auch eine glaubwürdige gewerkschaftliche Antwort auf zwei zentrale Herausforderungen Griechenlands sein: die sich beschleunigende Klimakrise und die Migration – insbesondere die Abwande-

rung. Beides stellt eine existenzielle nationale Bedrohung dar, zu der die griechische Gewerkschaftsbewegung bislang auffallend schweigt.

Nach den Diskussionen im Anschluss an die Buchvorstellung: Warum ist dieses Buch gerade jetzt besonders relevant?

Es soll ein eigentümliches TINA-Dogma auch innerhalb der akademischen und wissenschaftlichen Community aufbrechen – die Vorstellung, die politische Ökonomie gewerkschaftlicher Praxis in Griechenland sei kein relevantes Forschungsfeld mehr. Studien zu kollektiven Arbeitsbeziehungen sind in den letzten Jahren rar geworden und beschränken sich meist auf einzelne Aspekte oder Branchen.

Das Erscheinen des Buches fällt zudem mit zwei zentralen, eng miteinander verknüpften Entwicklungen zusammen. Erstens dient die Umsetzung der EU-Richtlinie zu angemessenen Mindestlöhnen in Griechenland als Vorwand für autoritäre Neuerungen, die paradoxerweise kollektive Rechte im Namen ihrer »Stärkung« schwächen. Die sogenannte Sozialvereinbarung zwischen dem Gewerkschaftsdachverband des privaten Sektors (GSEE) – der Dachverband des öffentlichen Dienstes wurde ausgeschlossen – und den Arbeitgeberverbänden wurde inzwischen in ein Gesetzesvorhaben überführt, das derzeit im Parlament beraten wird.

Zweitens wurde vor wenigen Tagen ein massiver Gewerkschaftsskandal aufgedeckt: Der Präsident der GSEE und mehrere seiner engen Mitarbeiter stehen vermutlich vor Anklagen wegen schwerer Veruntreuung öffentlicher und gewerkschaftlicher Gelder. Ob man es bedauert oder begrüßt – ein günstigeres Timing für die Veröffentlichung dieses Buches hätte es kaum geben können. In der Hoffnung, einen substanziellen Beitrag zu einer dringend notwendigen Debatte über die Zukunft des Gewerkschaftswesens zu leisten – in einem Moment, in dem ihm eine weitere Welle der Ent-Institutionalisierung und sozialen Delegitimierung droht.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

